

Schultes: Schon heute Weichen für dauerhafte Präsenz von Wölfen stellen

Lösung der Problematik als Thema der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs.



© APA/Schedl

"Wenn wir morgen oder übermorgen eine dauerhafte Präsenz von Wölfen in unserer Nähe haben werden, müssen wir schon heute dafür sorgen, dass wir wirksame Instrumente zur Hand haben, die ihnen Grenzen setzen; Grenzen der Bestandesgröße und der Lebensräume. Bei einer Vermehrungsrate von 30% - also alle drei Jahre verdoppelt sich der Bestand nahezu - geht es nicht nur darum, Schaf- oder Rinderherden einzuzäunen. Es geht um die freie Zugänglichkeit der Kultur- und Erholungslandschaft für die Tourismus- und Erholungswirtschaft und es geht um die Möglichkeit einer landschaftsgerechten Bewirtschaftung - Stichwort Almwirtschaft. Daher müssen wir die Wölfe-Problematik zu einem Thema sowohl bei den Naturschutzreferenten in den Landesregierungen als auch bei der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 machen, um frühzeitig

Lösungen zu finden", verlangte heute LK Österreich-Präsident **Hermann Schultes** im Rahmen der Klartext kompakt-Veranstaltung "Wolf im Alpenbogen".

Welche Regelungen nötig?

Zur Frage, welche gesetzlichen Änderungen auf europäischer Ebene beschlossen und welche Schritte im Inland gesetzt werden müssen, sagte Schultes: "Wir brauchen sowohl in Österreich als auch EU-weit eine dynamische Gestaltung der Schutzbemühungen vor den Wölfen, aber auch für die Wölfe. Wir müssen tolerierte Lebensräume wie Kernzonen, Korridorzonen und Freizonen festlegen, die diese Raubtiere von Erholungssuchenden oder Nutztieren fernhalten, kurz: wir müssen wildökologische Raumplanung betreiben. Die EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie muss so abgeändert werden, dass geregelte Entnahmen beziehungsweise im Ernstfall Abschüsse möglich werden."

Notwendig sei ein bundesweit einheitliches und umfassendes Wölfe-Management, das Fragen der Schadensbegutachtung, Beratung, Monitoring und Schadenskompensation etc. einheitlich regelt. "Will man alle Tierhalter verpflichten, viele, viele Kilometer stabile Schutzzäune zu errichten, stellt sich die Frage der Finanzierung von Errichtung und Erhaltung. Kürzlich hat der Freistaat Bayern eine Studie veröffentlicht, wonach in diesem deutschen Bundesland die Einrichtung von Schutzmaßnahmen rund 400 Mio. Euro und die Erhaltung jährlich 35 Mio. Euro kosten würden. Auch in Österreich zeigt sich, dass alle bisher vorgeschlagenen Maßnahmen zum Schutz vor den Wölfen unfinanzierbar beziehungsweise undurchführbar sind", gab Schultes zu bedenken.

Umgehend handeln

"Es ist unbestritten, dass die Wölfe in Europa keine gefährdete Tierart sind. Es ist ebenso unbestritten, dass nur dann ein gedeihliches Miteinander von Wölfen und Tourismus- und Erholungswirtschaft sowie Landwirtschaft möglich ist, wenn der Lebensraum und die Anzahl der Tiere gemäß einer noch zu erarbeitenden gemeinsamen Vereinbarung der betroffenen Parteien begrenzt bleiben. Dazu müssen die betreffenden gesetzlichen Regelungen rasch angepasst werden, damit die Managementmaßnahmen rechtzeitig gestartet werden können. Es darf nicht übersehen werden, dass die hohe Vermehrungsrate der Wölfe den Bestand alle drei Jahre nahezu verdoppelt und alle fünf Jahre fast vervierfacht. Daher werden wir an die Landesregierungen und an die Bundesregierung herantreten, damit diese Frage im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft gelöst werden kann", so Schultes.